

Diese Zeitung erscheint jede Woche Sonnabends. Preis pro Quartal durch die Post bezogen 1 M. Eingetragen in die Postzeitungsliste Nr. 6482.

# Der Proletarier

Anzeigenpreis: Arbeitsvermittlungs- und Zahlstellen-Anzeigen die halbpaltene Kolonial-Beile 50 J. Geschäftsanzeigen werden nicht aufgenommen.

## Organ des Verbandes der Fabrikarbeiter Deutschlands

Verlag von H. Vreh. Druck von E. A. H. Meißner & Co., beide in Hannover.

Verantwortlicher Redakteur: H. Schneider, Hannover. Redaktionsschluss: Montag mittag 12 Uhr.

Redaktion und Expedition: Hannover, Nikolaistraße 7, 2. St. — Fernsprech-Anschluss 3002.

### Das Wirtschaftsjahr 1910.

I.

Das Jahr 1910 hat nicht ganz gehalten, was es versprochen. Die Belebung auf dem Wirtschaftsmarkt, die zu Beginn des Jahres lebhaft, fast stürmisch einsetzte, kam mehrfach ins Stocken. Heute am Beginn des neuen Jahres stehen wir im großen und ganzen „auf dem alten Fleck“. Wenigstens ist die Besserung nicht nennenswert. Und bei dem wirren Durcheinander, dem jähen Wechsel, dem unbedeutenden Auf- und Ab des letzten Jahres läßt sich nicht einmal mit einiger Gewißheit über das Jahr, dessen erste Wochen wir eben hinter uns haben, urteilen. Möglich, daß es das Versprechen seines Vorgängers einlöst, aber auch das Gegenteil ist nicht ausgeschlossen.

Ein wesentliches Hemmnis für den wirtschaftlichen Aufschwung war die Reichsfinanzreform. Weniger durch die Belastung und Bekämpfung der Industrie als durch die Verteuerung zahlreicher Genussmittel und Bedarfsgegenstände. Denn die Arbeiterschaft muß naturgemäß die Mehrausgabe, die ihr so beschert wurde, durch eine Minderausgabe an andern Stellen wieder einbringen. Anders ausgedrückt: Die für den Lebensunterhalt angelegte Summe Geld brachte gegen früher eine geringere Warenmenge bei gleicher Güte oder eine verminderte Güte bei gleicher Menge. Vielfach gingen aber auch Menge und Beschaffenheit zurück. Auf dem Warenmarkt bildete dieser Rückgang des Verbrauchs ein den Aufschwung hemmendes Moment. Verschärft wurden die Folgen der Finanzreform durch die gleichzeitige enorme Steigerung der Fleischpreise. Hier war der Ausgleich durch Kauf schlechter Qualitäten am wenigsten möglich, denn die Arbeiterschaft muß ohnehin schon mit dem Fleisch vorlieb nehmen, das ihr die Bourgeoisie übrig läßt. Und die „Enthaltungsmittel“ vom Fleischgenuss hat, wenigstens für den schwer schaffenden Arbeiter, eine Verminderung der körperlichen Kräfte und der Leistungsfähigkeit zur Folge.

In wech erheblichem Maße die Waren im letzten Jahre verteuert wurden, zeigt eine Berechnung von D. Schmitz, die die amtlichen Preisnotierungen über 20 Artikel zur Grundlage einer Indexziffer nimmt und den durchschnittlichen Stand dieser Ziffer in dem Jahrzehnt von 1879—1888 gleich 100 setzt. Es ergeben sich dann für die ersten 9 Monate der Jahre 1909 und 1910 folgende Verhältnisangaben:

	1909	1910	1909	1910
Januar	110,13	114,23	Juni	112,86
Februar	109,57	114,05	Juli	112,73
März	110,30	114,13	August	112,35
April	110,24	113,20	September	112,06
Mai	111,40	113,35	Oktober	112,07

Zu einem Teil ist der Druck auf die Lebenshaltung allerdings ausgeglichen worden. Die Gewerkschaften haben im verflochtenen Jahre mit einer Energie und Fähigkeit um bessere Lebensbedingungen gekämpft wie nie zuvor. Und dieses Streben hatte erfreulicherweise auch in den meisten Fällen Erfolg. Wir schreiben schon vor einiger Zeit, daß die Erfolgswerte des Jahres 1910 voraussichtlich die aller frühesten Jahre übertreffen werden. Aber die organisierten Arbeiter, auf die sich diese Erfolge, wenn auch nicht ausschließlich, so doch in der Hauptsache verteilen, bilden nur einen Bruchteil der gesamten Arbeiterschaft des Reichs. Kaum ein Viertel der Industriearbeiter ist organisiert, von den Landarbeitern garnicht zu reden. Und deshalb können alle Erfolge der Gewerkschaften die Tatsache nicht aus der Welt schaffen, daß die Arbeiterschaft als Ganzes von dem wirtschaftlichen Aufschwung wenig, von der Verteuerung der Lebenshaltung aber sehr viel gemerkt hat. Das wird auch erst anders werden, wenn die Mehrheit der Arbeiter erkannt hat, daß sich im heutigen Wirtschaftsleben die Interessen des einzelnen nur schwer, fast nie durchsetzen. Am allerwenigsten, wenn dieser einzelne ein Arbeiter ist. Möge das neue Jahr diese Erkenntnis in recht weite Kreise tragen!

Einer der sichersten Gradmesser für den Stand des Wirtschaftslebens ist der Arbeitsmarkt. Leider ist es nicht eben leicht, einen absolut sicheren, in jeder Hinsicht zuverlässigen Gradmesser zu seiner Beurteilung zu finden. Die Ziffern der Arbeitsnachweise sind ein solcher Gradmesser. Aber ihr Wert wird beeinträchtigt, weil die Zahl der über ihre Frequenz ziffern berichtenden Arbeitsnachweise nur klein ist und nur in einigen Industrien eine gewisse Bedeutung hat. Für die beiden letzten Jahre ergeben sich bei den berichtenden Nachweisen folgende Ziffern:

Auf 100 offene Stellen kamen Arbeitsuchende:					
	Jan.	April	Juli	Ok.	Dez.
1909	184,2	137,8	147,2	134,6	165,1
1910	158,0	130,6	125,0	131,0	151,6
1910 weniger	26,2	7,2	22,2	3,6	13,5

Die Ziffern zeigen, daß die Besserung gegen das Vorjahr im Januar am deutlichsten zum Ausdruck kommt. Im Oktober ist der Andrang fast ebenso groß, wie im gleichen Monat 1909. Am Schlusse des Jahres wird die Differenz wieder etwas größer.

Auf umgekehrtem Wege erhält man Aufschluß über den Stand des Arbeitsmarktes aus den Ziffern der Krankenkassen. Während die Arbeitsnachweisziffern das Schwanken der Arbeitslosigkeit anzeigen, aber nichts über die Zahl der Beschäftigten sagen, erfahren wir aus der Krankenkassenstatistik das Schwanken der Beschäftigungsziffer.

Nach den Berichten des „Reichsarbeitsblatts“ betrug die Zahl der in den angeschlossenen Krankenkassen vorhandenen versicherungspflichtigen Mitglieder:

Am 1. Dezember 1909	4 532 514
Am 1. Dezember 1910	4 790 215
Mithin 1910 mehr	257 701

Die Zunahme der Zahl der Beschäftigten scheint absolut genommen noch recht erheblich, es sind jedoch nur 5,68 Proz. Dabei muß der natürliche Bevölkerungszuwachs noch in Rechnung gestellt werden. Soweit also die Ziffern über den Arbeitsmarkt Schlüsse zulassen, zeigt das verfloffene Jahr einen recht langsamen, kaum merklichen Anstieg.

Etwas günstiger gestaltet sich das Bild bei einem Blick auf den Außenhandel. Es ergibt sich dann, daß die Ausfuhr der deutschen Industrie erheblich gestiegen ist. Nach einer Zusammenstellung im „Vorwärts“ stellten sich die Ein- und Ausfuhrziffern für 20 Warengruppen wie folgt:

	1909	1910	1910 mehr
	in 1000 Tonnen		
Einfuhr	573 651	581 470	7 819
Ausfuhr	438 077	485 998	47 921

Es zeigt sich hier ein Anwachsen der Einfuhr- und der Ausfuhrziffer. Bei der letzteren ist die Zunahme allerdings bedeutend größer. Ob das aber, volkswirtschaftlich betrachtet, für Deutschland ein Vorteil ist, darüber kann man mindestens geteilter Meinung sein. Vielleicht ist die höhere Exportziffer nur der Ausdruck gesteigerter Absatzschwierigkeiten im Inlande.

Wenig Optimismus hat im verfloffenen Jahre die Börse bewiesen. Die Kurse der Dividendenpapiere, die im Jahre 1909, wenigstens in der letzten Hälfte, rapid in die Höhe gingen, sind im Jahre 1910 nahezu stabil geblieben. Der Kurs der Dividendenwerte, berechnet für die Hälfte aller an der Berliner Börse gehandelten Aktien, betrug nämlich Ende

	Jan.	März	Juni	Sept.	Dez.
1909	150,66	149,60	153,63	166,05	164,03
1910	163,29	163,35	160,54	163,21	162,55

Die Ziffern zeigen seit September 1909 direkt einen Rückgang der Kurse; ein Beweis, daß die Börse den Geschäftsgang nicht sehr rosig sieht.

Zusammenfassend dürfen wir unser einleitend gegebenes Urteil wiederholen: Das Jahr hat weniger gehalten als versprochen. Es war mehr ein Jahr wirtschaftlicher Konsolidierung als des wirtschaftlichen Aufschwungs. Eine Konsolidierung, von der wir hoffen, daß sie einem kommenden — und hoffentlich bald kommenden — Aufschwung eine sichere Grundlage geben wird.

Wesentlich anders lautet das Urteil über das verfloffene Jahr, wenn nicht der gesamte Wirtschaftsmarkt, sondern einzelne Industriezweige einer Betrachtung unterzogen werden. Dann zeigt sich sofort eine weit größere Unregelmäßigkeit und Verschiedenheit. Während einzelne Industriezweige zurückgingen und andre stagnierten, haben manche eine geradezu glänzende Aufwärtsentwicklung erfahren. Wie dieses Auf- und Ab in unserm Verbandsgebiet mochte, darüber in einem zweiten Artikel.

### Die Ärzte als Unfallgutachter.

I.

Am 27. Februar 1905 behauptete der damalige Staatssekretär Graf v. Posadowsky im Reichstage, es sei eine Erscheinung, die in weiten Kreisen beobachtet werde, daß Arbeiter, welche auch nur kleine Verletzungen erlitten haben, den Kampf um die Rente in einem gewissen krankhaften, nur psychologisch erklärbaren Zustande führen. Zum Beweise für seine Behauptung berief er sich auf einen berühmten Nervenarzt. Inzwischen denkt man jedoch noch viel ungünstiger über die „Rentensucht“ der Arbeiter. Der Grund ist darin zu suchen, daß der ursprüngliche Plan, durch die sozialen Versicherungs-gesetze der Sozialdemokratie den Wind aus dem Segel zu nehmen, elend gescheitert ist. Darüber hat man im vergangenen Jahre aus Anlaß der 25jährigen Jubiläumfeier der Unfall- und Krankenversicherung in Wort und Schrift die weitestgehenden Klagen geführt. Es würde aber auch traurig sein, wenn es wegen „der abgeschwächten Gedanken der Sozialisten“, wie der tüchtigste Sozialpolitiker des Zentrums die sozialpolitischen Gesetze genannt hat, anders gekommen wäre!

Es hat den Anschein, als wenn gerade in den letzten Jahren die Ärzte besonders eifrig als Schlichter auftraten. Neuerdings ist z. B. von einem gewissen Dr. Müller ein Buch über „Die Herrschaft der Sozialdemokratie in der Krankenversicherung“ erschienen, in dem behauptet wird, die gesamte Fürsorgegesetzgebung habe eine demoralisierende Wirkung gehabt, sie habe die Herabsetzung des Pflichtbewußtseins, die Schwächung der Energie, Steigerung der Begehrlichkeit und Verbreitung von Lug und Trug gefördert!! Dieses Urteil ist eine Nichtswürdigkeit sondergleichen. Gerade die Ärzte werden von den Berufsgenossenschaften direkt dazu mitgeführt, die Verletzten um ihre gesetzliche Unfallrente zu bringen. Dafür nur ein Beispiel: Der Styr. landw. Berufsgenossenschaft war die Zahl der Rentenempfänger zu hoch. Sie läßt deshalb seit einigen Jahren „Revisionen“ der Rentner und Rentenempfänger durch besondere Ärzte vornehmen. Wie bei der bekannten Tüchtigkeit der Vertrauensärzte beim Engziehen und Quetschen der Renten nicht anders zu erwarten war, machte sich diese „Revision“ sehr gut bezahlt. Hunderte Rentenempfänger

die seinerzeit ebenfalls auf Grund ärztlicher Gutachten und nach mehr oder weniger langem Kampf eine Rente erhalten hatten, wurden einfach als „Simulanten“ erklärt und ihnen ihre „Schnapsrente“ abgenommen. Bei 2564 Revisionen im Jahre 1908 wurden 915 Renten eingestellt und 207 erniedrigt, und 1909 bei 2182 Revisionen 749 Renten „gestellt“ und 307 erniedrigt. Allein hieraus betrug die Ersparnis der Berufsgenossenschaft 1908 46 855 Mk. und 1909 32 683 Mk. Auch die Rentenbewerber wurden scharf aufs Korn genommen. Das bewirkte, daß die Zahl der erstmalig entschädigten Unfälle kolossal abnahm, obwohl die Zahl der Unfälle, die zur Anmeldung gelangten, weiter stieg. Die Zahl der erstmalig entschädigten Unfälle betrug 1905 3383, 1906 3384, 1907 3209, 1908 2823 und 1909 nur noch 2384! Gegen 1905 sank also ihre Zahl um 1500. Es ist nicht zuviel gesagt, wenn wir diese Arbeit als eine wahre Heckerarbeit bezeichnen, welche den Zweck der Unfallversicherung fast illusorisch macht. Das Geschrei von der angeblichen Simulation der Verletzten ist überhaupt sehr groß. Ärzte haben schon diese Bücher darüber geschrieben. Ein Arzt vertritt in einer Broschüre die Ansicht, daß 70 Prozent der Rentenempfänger eine zu hohe oder zu langdauernde Rente erhalten. Manche Ärzte wollen auch von der für die Verletzten so unheilvollen „traumatischen Neurose“ nichts wissen und verlangen, daß man für nervöse Unfallfolgen überhaupt keine Rente zahlen solle.

Aus diesen Gründen ist es notwendig, daß wir die Gutachter-tätigkeit der Herren Ärzte einmal gehörig unter die Lupe nehmen. Auch der Arzt unterliegt Irrtümern. Fast in allen Rentenstreit-sachen finden wir, daß sich ärztliche Gutachten widersprechen. Auch den Ärzten ist es so, daß der gleiche Verletzte zur gleichen Zeit von zwei verschiedenen Gutachtern oder in zwei verschiedenen Instituten so verschieden begutachtet wird, daß man beim Lesen der Gutachten an der Identität des Verletzten zweifeln möchte.“ Auch Professor Schulte-Greifswald erkennt in seiner Arbeit: „Der Kampf um die Rente“ an, daß die Abjähigung des Grades der Erwerbsunfähigkeit mehr oder weniger Gefühlsache sei. Von verschiedenen Sachverständigen angenommene Beeinträchtigung der Arbeitsfähigkeit kann in demselben Fall großen Schwankungen unterliegen, selbst bei übereinstimmender Auffassung des klinischen Befundes.

Bei Durchsicht der neuesten Erscheinungen der großen ärztlichen Unvollkommenheit finden wir, daß die Meinungen selbst in theoretischen Fragen sehr weit auseinandergehen. Darunter müssen naturgemäß die Interessen der Verletzten leiden. Denn es ist z. B. für einen Verletzten, bei dem am vierten Tage nach einer Verletzung infolge dieser Querschnittsläsion eine Lungenentzündung zum Ausbruch kommt, nicht gleichgültig, wenn sein Gutachter „theoretisch“ auf dem Standpunkt steht, daß sich eine Lungenentzündung nur in drei Tagen entwickeln kann und demgemäß ein Zusammenhang zwischen Unfall und Krankheit verneint wird. Manche Ärzte stehen tatsächlich auf diesem Standpunkt, während andre ihn wieder als unhaltbar bezeichnen.

Die Berufsgenossenschaften geben natürlich in solchen Fällen der zuerst erwähnten Kategorie der Gutachter den Vorzug. Was für ein großer Wert von den Berufsgenossenschaften auf „gute“ Gutachter gelegt wird, geht daraus hervor, daß die Seiden-Berufsgenossenschaft, wie sie in ihrem letzten Geschäftsbericht mitteilt, eine vertrauliche Besprechung mit den in Rheinland und in Westfalen domizilierten Verwaltungen anderer Genossenschaften gehabt hat, wo ihr „eine Reihe von Ärzten und Krankenhäusern genannt wurden, an die sich die Berufsgenossenschaften bei der Begutachtung und Behandlung ihrer Verletzten vor allem wenden können und denen sie unbedingt zu vertreten entlegen bringen dürfen.“ Welcher Art das „Vertrauen“ ist, das die Genossenschaften von den Ärzten verlangen, ist nicht schwer zu erraten. Einen Arzt, dem die Brauerei- und Metzger-Berufsgenossenschaft kein „Vertrauen“ entgegenbringen konnte, rückte letztere vor einigen Jahren in einem Briefe wie folgt ab: „...immerhin aber dürfte es kaum Sache der behandelnden Ärzte sein, dahin zu wirken, daß die an und für sich schon wegen der geringfügigsten Verletzungen erhobenen Entschädigungsansprüche des Verletzten noch gesteigert werden.“

Die Berufsgenossenschaften sind bestrebt, einen Teil der Ärzte in eine „gottgemollte Abhängigkeit“ — zu sich zu bringen, um dadurch das Gutachterwesen zuungunsten der Verletzten beeinflussen zu können. Besonders schlecht sind natürlich die Verletzten überall dort dran, wo die Berufsgenossenschaften Sachverständige des Schiedsgerichts als ihre Vertrauensärzte erkoren haben. Ständig wird in den Berichten der Arbeiterssekretariate über die Mißstände geklagt, welche eine derartige Doppelstellung mit sich bringt; auch im Reichstage wurden diese unhaltbaren Mißstände wiederholt von unsern Genossen kritisiert. In Bayern wurde den Ärzten auf Grund von Beschwerden unserer Genossen im dortigen Landtag diese Doppelstellung durch das Eingreifen des Ministeriums unmöglich gemacht.



Zugen halten, daß das Geld, das heute in einem ausgiebigsten Kampfe verpulvert wird morgen zur Durchsetzung eines erfolgversprechenden Plans. Vieles nun zwischen den beteiligten Arbeitern und den Beamten eine Differenz in der Beurteilung des Kampfes, müssen die Beamten „bremsen“, dann ist sehr oft das Misstrauen da. Dabei ist es ganz gleich, ob der Beamte „Revisionist“ oder „Kadaver“ ist; der Grad des revolutionären Empfindens spielt gar keine Rolle. Auch nach dem Kampfe wird die Beurteilung der Führer nicht danach abgemessen, ob sie mit Lunte oder mit Blut schreiben. Wird der Kampf gewonnen, erweist auch der ausgeprägteste Revisionist Vertrauen, geht er verloren, wird auch der Pannekoelleaner getraut. Das Vertrauen der „Waffen“ ist nun einmal in der Hauptsache an den Erfolg geknüpft. Wenn Pannekoel sich zum Beweis des Gegenteils auf Bebel beruft und sagt, man solle von ihm lernen, wie er sich immer das schrankenlose Vertrauen der Massen erhalten habe, so ist der deplazierte Hinweis auf die einfache Konstatierung zu erwidern, daß jener Bebel, als er es ein einziges Mal versuchte, das Gewicht seiner Autorität bei einem wirtschaftlichen Kampfe gegen die Stimmung der Arbeiterchaft in der Waackhale zu werfen, mit seinem Mal kein Gehör fand; er wurde genau so von den Arbeitern bestraft wie die Gewerkschaftsführer. Und wenn Dr. Pannekoel einmal höchstselbst in die Arena des gewerkschaftlichen Kampfes stiege, er würde die gleichen Erfahrungen machen. Der Grund des Misstrauens und der Konflikte liegt eben keineswegs in der „bürgerlichen Grundanschauung“ der Führer, sondern vielmehr darin, daß eben diese Führer bei der Beurteilung eines Kampfes mit Faktoren rechnen und rechnen müssen, die die Mehrzahl der am Kampfe beteiligten Arbeiter nicht einmal kennt, geschweige denn richtig einschätzt. Welcher Art diese Faktoren sind und wie sich die aus der divergierenden Auffassung eines Kampfes ergebenden Konflikte vermeiden oder lösen lassen, erörtert Genosse v. Elm in einem Artikel in Nr. 15 der „Neuen Zeit“, den wir in der nächsten Nummer des „Proletariats“ zum Abdruck bringen werden.

Für heute sei nur noch gesagt, daß Pannekoel „den wirklichen Grund der Misstrauung und der Konflikte“ deshalb nicht kennt, weil er nicht ein organisch-ökologisches, sondern ein psychologisches Problem sieht. Revisionismus und Kadaverismus, bürgerliche Grundanschauung und revolutionäres Empfinden, das ist der Kreis, in dem er sich dreht, oder in dem sich die Dinge für ihn drehen. Dabei mißt er das revolutionäre Empfinden nach der Größe des Kochtopfes ab und die materialistische Geschichtsauffassung erdrukt er auf den ganz individuellen Gemütsplatz: Der Mensch ist das Produkt seiner Verhältnisse. Das Schlimmste aber ist, daß P glaubt, mit seinen Skizzen der Arbeiterbewegung zu nützen und nicht einsieht, daß er die Konflikte nur verzerrt und verhäßt.

### Eine derbe Abfuhr

wurde einem Anhänger der von Debus gepredigten Hamstertheorie zuteil, der sich bei einer Schallplattenfabrik brieflich um Arbeit bewarb. Er machte der Firma das folgende verlockende Angebot:

Hannover-Verden, den 28. Juli 1910.

An die Schallplattenfabrik . . . . .

Da ich in Erfahrung gebracht habe, daß die Schallplattenfabrik . . . den Betrieb in kürzester Zeit wieder aufzunehmen gedenkt, bewerbe ich mich hierdurch ergebenst um eine Stellung in der Fabrik.

Ich bin Schlosser geprüfter Heizer, Maschinenwärter und Lokomotivführer habe gute und langjährige Zeugnisse. Ich war zuletzt am 28. Juli 1905 bis 6. April 1910 bei der Schallplattenfabrik . . . in . . . abwechselnd als Wächter, Heizer und Heizer beschäftigt, weiß auch mit allen andern zum Fach gehörenden Arbeiten Bescheid, z. B. abbrechen und reinigen der Matrizen, feilen der Schellen, gießen der Wachsplatten, probieren und nachsehen der fertigen Platten, würde mich auch Bureauarbeiten unterziehen. Ich gehöre keinem Verbands an und habe bei meinen früheren Arbeitgeber zwei Streiks mitgemacht und die Fabrik darin unterstützt.

Ich bitte die Direktion der Schallplattenfabrik, mir eine Stelle in Ihrer Fabrik zu übertragen. Ich werde bemüht sein, daß in mich gesetzte Vertrauen durch besondere Tätigkeit und Pünktlichkeit zu rechtfertigen und sehr daher einer gütigen Bewährung meiner Bitte entgegen.

Mit vollkommener Hochachtung!

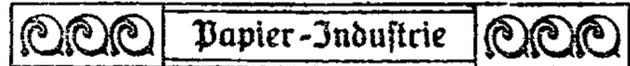
H. Schoppe, Hannover-Verden, Marktstraße 24.

Statt der erhofften Einstellung erhielt er die folgende Antwort:

Wir bestätigen den Empfang Ihres Schreibens vom 28. cr. und erwidern Ihnen hierauf, daß wir nur organisierte Arbeiter beschäftigen und nicht solche, die hunderttausendzwanzig Handwerke verstehen.

Schallplatten-Fabrik.

Das Gesicht des S. beim Empfang dieser Antwort muß sehr wertvoll gewesen sein.



### + Das Begräbnis des Zapenturms.

Die „Lag“ scheint nunmehr am Ende ihres kurzen Daseins zu stehen. Was jetzt davon besteht ist weniger als ein flüchtiger Rest. Nachdem schon vor Jahresfrist die größte aller Fabriken aus dem Trüff ausgehoben und vor kurzem eine zweite zurückgelassen wurde, ist jetzt auch die Papier- und Zapenturmfabrik in Dammmental wieder selbstständig geworden. Formell hängt sie allerdings noch mit dem Trüff zusammen. Die Aktionäre von Dammmental haben nämlich ihre Fabrik nicht zurückgekauft, sondern nur „gemietet“. Und zwar wird für Gebäude und Grundstücken ein jährlicher Mietbeitrag von 51 370 Mk. bezahlt. Maschinen und Utensilien werden nicht gemietet, sondern für den Betrag von 187 000 Mk. gekauft, desgleichen sämtliche Walzen für 32 000 Mk. und sämtliche vorhandenen Rohmaterialien, Halb- und Fertigfabrikate für 272 130 Mk. Die so „gekauften“ Waren, Materialien usw. werden aber nicht bezahlt, sondern es wird nur der Kaufpreis verginlt, und zwar die Kaufsumme für Rohmaterialien, Waren usw. mit 6 Proz. und die Summe für Maschinen mit 10 Proz.; die Walzen aber werden mit — 32 Lag-Mark vergütet.

Man wird zugeben, daß das ein recht verzwickter Vertrag ist, bei dem niemand weiß, wo das Vermieten anfängt und das Verleihen aufhört. So oder doch ähnlich so sollen auch die übrigen der Lag noch angehörenden Werke wieder selbstständig gemacht werden. Der Zweck dieser komplizierten Übung ist einmal der, die Lag vor dem Konkurs zu retten und die Lagen zu erhalten und zum anderen die erheblichen Kosten, die bei einer rein käuflichen Übertragung entstehen würden, zu sparen. Wie diese Schmeichelei ausgehen wird, bleibt abzuwarten. Für Dammmental wurde in der Verammlung eine Art Rentabilitätsaufstellung gegeben. Der Aufsichtsratsvorsitzende führte aus, Dammmental habe im verfloffenen Jahre etwa 250 000 Mk. Rohgewinn an die Lag abgeführt. Rechnet man hiervon den Verzins und die Zinsen, die Dammmental nunmehr an die Lag zu bezahlen habe, mit rund 80 000 Mk. ab, bringe man davon noch für Abschreibungen, Unvorhergesehenes und dergleichen hochgegriffen weitere 150 000 Mk. in Abzug, so bleibt immerhin für Dammmental ein Nutzen von 70 bis 80 000 Mk. Das habe Dammmental auch in früheren Jahren glatt verdient. Ueber die Lag urteilte er sehr skeptisch; er sprach ihr jede Erfolgserwartung ab. Die Bankschulden der Lag seien auf fast 5 000 000 Mk. angeschwollen; außer-

dem seien etwa 1 1/2 Millionen andre Schulden zu bezahlen, denen keine flüssigen Gegenwerte gegenüberstehen, und die Verschuldung der Lag nehme stetig zu.

Die Aktionäre der früheren Dammmentaler Fabrik (jetzt Lag-Aktionäre) zeigten übrigens wenig Anst, den ihnen vorgelegten Kauf-Miet-Plan anzunehmen. Erst nach langem Jögern und nach Annahme eines Beschlusses, der die Annahme von dem Bestandenommen des gleichen Vertrages bei den übrigen Lagfabriken abhängig macht, stimmten sie zu. Den Aktionären wurde noch mitgeteilt, daß Dammmental, wenn es selbstständig sei, seine Produktionskosten vermindern könne. Ist mit dieser Ankündigung ein Aktentat auf die Arbeiterschaft beabsichtigt? Das ist nach Lage der Dinge sehr wahrscheinlich. Wägen die Arbeiter auf der Hut sein.

### + Brand einer Papierfabrik.

Donnerstag, den 19. Januar, ist die Dampfpapierfabrik der Firma Gebrüder Müller & Söhne in Neumünster total niedergebrannt. Der Schaden wird auf eine viertel Million Mark geschätzt. Das Feuer entstand im Trockenturm. In wenigen Augenblicken war auch die Färberei sowie das gesamte Lager in Flammen. Die Arbeiter und Arbeiterinnen konnten nur noch an ihre eigene Rettung denken. Die Wehren, die alsbald zur Stelle waren, griffen das Feuer mit Erfolg an. Dadurch wurden die Nachbargebäude geschützt. Gegen 9 Uhr war das Gebäude total niedergebrannt. Der Gesamtschaden, den die Landesbrandkasse zu tragen hat, beträgt 100 000 Mk. 30 Arbeiter und Arbeiterinnen sind arbeitslos geworden.

### + Explosion.

In der Altonaer Wellpappenfabrik, G. m. b. H., in Altona a. d. E., Schuppenstraße, explodierte ein Zylinder, dessen Gichtstelle das Dach der Fabrik durchschlug und zum Teil abdeckte. Eine Arbeiterin ist erheblich verletzt und mehrere Arbeiter und Arbeiterinnen sind leichter verwundet worden.

### + Schon wieder eine Explosion.

Am 16. Januar, fast 7 1/2 Uhr, wurde, wie die „Pap.-Ztg.“ berichtet, aus der Ueberhitzerkammer eines der Babcock-Wilcox-Dampfkessel der Rathsch-Dammiger Papierfabrik, Altiengemeinschaft in Rathsch-Dammig, Pommern, ein Verschlußdeckel herausgeschleudert. Der Verschlußdeckel durchschlug das Mauerwerk des Kessels, der gesamte Dampf der im Betriebe befindlichen und untereinander verbundenen Dampfkessel kam dadurch zur Ausströmung. Der neben dem verunglückten Kessel liegende Dampfkessel befand sich in der Reinigung. In demselben arbeiteten drei Leute, die sich zu retten suchten und bei dem Herausflattern aus dem Kessel an Gesicht, Händen und Füßen verbrüht wurden. Einer der Verletzten ist seinen Verden erlegen.

### + Unfalltote.

In der Holzschleiferei in Waltersdorf (Sachsen) geriet ein 14-jähriger Arbeiter in die Transmission. Der junge Mensch wurde einige Male herumgeschleudert und erlitt so schwere Verletzungen, daß er kurz nach seiner Entlassung ins Krankenhaus starb.

In einer Papierfabrik in Weiskensfeld kam der Arbeitsbusch Richter mit dem Kopf und dem Oberkörper in die Papiermaschine und wurde so verletzt, daß er bald darauf im Krankenhaus starb.

In der Federpappenfabrik in Brieg verunglückte der Arbeiter Weghaupt aus Schreibeberg dadurch, daß er vom Treibriemen erlagt wurde. Er erlitt mehrere Rippenbrüche und schwere Verletzungen am Kopfe.

### + Verdereiche (Udermark). In „Wochenblatt für Papierfabrikation“ war folgendes zu lesen:

Auch in diesem Jahre wieder fand am 2. Weihnachtstage bei der Udermarks Holzstoff- und Pappfabrik, G. m. b. H., in Udermark die Verteilung von Belohnungen für langjährige treu geleistete Arbeit statt. Zur besonderen Freude der Fabrikleitung war die Zahl derjenigen, die nun seit 15, 10 und 5 Jahren ununterbrochen bei der Firma tätig waren, besonders groß, und betrug die Zahl 34. Der Chef der Fabrik, Herr Emil Buchholz, begrüßte die Anwesenden und widmete allen, insbesondere aber den 15 Jahre Tätigen, die seit der Gründung in der Fabrik arbeiten, herzlich Worte und überreichte ihnen neben einem größeren Geldgeschenk das schon ausgestattete Diplom des Vereins deutscher Papier-Fabrikanten. Die zehn Jahre Tätigen erhielten 100 Mk. und die 5 Jahre Tätigen 50 Mk. Geldgeschenk. Seit Bestehen der Fabrik konnten schon 208 Prämien ausbezahlt werden, ein Zeichen dafür, daß das Verhältnis zwischen Arbeiter und Arbeitnehmer ein gutes zu nennen ist.

So das „Wochenblatt“. Betrachten wir diese gerühmte Wohltätigkeit bei Licht, so machen wir die alte Erfahrung, daß die Höhe an Lohn niedriger, je größer die Wohlthatigkeit. Das trifft auf die im „Wochenblatt“ so gerühmte Udermarks Holzstoff- und Pappfabrik ebenfalls noch mehr zu, als in andern Betrieben. Hier einige Angaben über die Löhne in diesem Betriebe: In der Abteilung Pappfabrik bekommen die Arbeiter 2 bis 2,40 Mk. pro Tag bei 12stündiger Arbeitszeit; Inwalden 1,50 bis 1,80 Mk. Hinzu kommt noch die Prämie von 10 Mark pro Monat. Dies macht dann zusammen einen Lohn von 2,80 Mark pro Tag oder pro Stunde 25 Pf. Nicht viel besser wird in der Papierfabrik bezahlt. Die fremden Kalanderarbeiter erhalten 2,30 Mark bis 3 Mark bei zwölfstündiger Arbeitszeit und haben kaum Zeit, eine Mittagspause zu halten. Vor zwei Jahren hat man den Querschneidern einen Lohn von 1,80-1,90 Mk. pro Tag. Erst als die Firma dafür keine Arbeiter bekam — nicht einmal die Polen wollten dafür arbeiten — bequemte sie sich schließlich dazu, 2,40 bis 2,50 Mk. pro Tag zu bezahlen. In der zur Fabrik gehörenden Schneidemühle erhalten die Arbeiter bei einer Arbeitszeit von 11 Stunden pro Tag 2,70 Mk. Sind das nicht löbliche Löhne?

Da kann die Firma schon einmal eine „Strafstation“ gewahren; sie spart es in den Jahren hundertfach am Arbeitslohn. Die Arbeiterchaft dieses Betriebes wird auch noch einsehen, daß die Diplome und der ganze Wohlthatigkeitsschwall, der vom Verein deutscher Papierfabrikanten ausgeht, nur dazu benutzt wird, um den Arbeitern Sand in die Augen zu streuen.

Auch in organischer Beziehung steht die Fabrik nicht auf der Höhe. So ist wohl eine Vadeanstalt im Betriebe, aber die ist recht häufig so veranlagt, daß die Arbeiter nicht hinein können. Nur die polnischen Arbeiter, die die Kessel reinigen müssen, suchen sie mal auf. Hier wäre es Zeit, Remedur zu schaffen. Sehr mißlich sind die Krankenlastenverhältnisse. Die Arbeiter und Arbeiterinnen sind der Gemeindefrankenkasse angegeschlossen. Die Männer bekommen aus dieser Kasse ganze 80 Pf. an die Frauen 50 Pf. Krankengeld pro Tag. Keineswegs eine glanzvolle Leistung.

Wären die Arbeiter und Arbeiterinnen dieses Betriebes organisiert, und zwar im Fabrikarbeiterverband, so könnten sie auf alle Wohlthatigkeiten der Unternehmer verzichten, dafür aber anständige Löhne und Arbeitsverhältnisse sich verschaffen.

### + Chemnitz.

Zu der Kündigung der Streicker bei der Firma Weidenmüller, Papierfabrik in Dreimorden, nahm die Arbeiterchaft in zwei gut beleuchteten Versammlungen Stellung. Die Firma glaubte durch Entsenden von Spitzeln die Stimmung der Arbeiterchaft auszuloten und die Arbeiter davon abhalten zu können, sich zu organisieren. Die Spitzel, in Gestalt von Reutern und Schreibern, wurden aber mit der aus eigenen Höhlchen aus dem Lokal expulsiert. Kollege Hornsteiner leitete die Lage der Papierarbeiter und speziell der Betriebe mit Wohlthatereinstimmungen, wo stets die längste Arbeitszeit, die schlechtesten Löhne und größten Mißstände vorherrschend sind. Es wurde den Anwesenden nachgewiesen, daß die Gruben von 50 Mk. nach 30, von 30 Mk. nach 20 und von 20 Mk. nach 10 Jahren im Durchschnitt einen halben Pfennig pro Stunde ausmacht, daß aber 90 Prozent der Arbeiterchaft vor der Betrieb verlassen, so daß der ganze Wohlthatenwindel eigentlich nur ein Trolchonschiff ist, um die geringen Löhne zu drapieren. Ebenfalls verhält es sich mit den Wohnungen. Die Wohnungen stehen direkt bei der Fabrik, so daß es der Firma ermdlich ist, die Arbeiter zu jeder Stunde aus dem Bett in den Betrieb zu holen. Der Aufforderung am Schluß, anzuschließen dem Fabrikarbeiterverband beizutreten, denn nur durch eine massvolle Organisation können die Interessen der Arbeiter noch jeder Richtung gewahrt werden, ist eine größere Anzahl der Arbeiter nach gekommen.

Die Diskussion war nicht besonders lebhaft, weil die Arbeiterchaft zu gut weiß, daß die Wohlthatistische Weidenmüller die Fremden einer eigenen Meinung nicht duldet. Es kamen trotzdem eine Reihe Vorkände zum Vorschein, die nur unglücklich sind, wo eben die Arbeiterchaft keine geschlossene Organisation hat. So wird vom Vorgesetzten des Fabrik-

konsums der Briefkasten entleert, wozu die Arbeiterchaft dem nicht unbedauernden Verdacht liegt, daß die Korrespondenz bespioniert wird. Arbeiter, welche an eine andre Firma, an die Organisation, Presse usw. schreiben, tragen zur Vorsicht die Briefe eine halbe Stunde weit nach Wittwitsch.

Ein Arbeiter wurde mit einer Mark bestraft, weil die Arbeit für einen gewissen, der fehlte, nicht vollständig geleistet wurde.

Für den Februartag ist keine besondere Bedienung vorhanden; was ihn braucht, häusert an ihm herum, wenn etwas passiert, legt es 6 Mk. Abzug. Das wäre nur eine kleine Kusule all der Mißstände der Firma Weidenmüller. Der Lohn iponet jeder Beschneidung. So gibt es an den Fruchtmäschinen 25-27 Pf., im Hof 21-24, an den Kalandern 27-32 an den Querschneidern 25-27, für Reutmacher 27 Pf. pro Stunde. Die Streicker beziehen 120 Mk. pro Monat bei 72 Stunden Arbeitszeit, die noch durch Reparaturen an Sonntagen bedeutend überschritten wird. Dabei gibt es keine reguläre Pause, so daß es nicht selten vorkommt, daß Arbeiter ihr Essen abends wieder mit nach Hause nehmen. Zu Hof oder Ausflückeräumen hat sich die Wohlthatistische Firma noch nicht aufgeschwungen. Herr Weidenmüller muß und wird mit den Hofregelungen des Streicker das Gegenteil von dem erreichen, was er will. Die streicken Streicker, verheiratete Arbeiter mit zusammen 18 Kinder, müssen deswegen auf das Straßengespärr, weil sie an einem christlich-gelehrten Feiertag nicht ohne jede Entschädigung arbeiten wollen, und das muß in der christlichen aller Welt mit Enttäuschung beantwortet werden. In sechs Tagen hat Gott die Welt geschaffen, am siebenten hat er ausgeruht. Die christlichen Papierfabrikanten erkennen aber keine Sitten an, die nur sechs Tage arbeiten, weil die Ruhe keinen Gewinn bringt. An der Arbeiterchaft liegt es nun, die Mißstände lächerlos zu machen, damit allmählich andre Zustände herbeigeführt werden können. Die übrigen Papierarbeiter können und dadurch unterstützen, daß sie das Docks meiden. Kein Streicker ne . . .

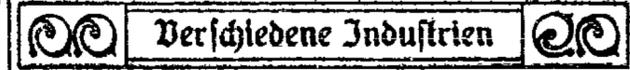
### Papierne Feindes.

Der Papierne spricht:

Ich bin Papier, du bist Papier.  
Papier ist zwischen dir und mir.  
Papier der Himmel über dir.  
Die Erde unter dir Papier.  
Wißt du zu mir und ich zu dir:  
Hoch ist die Mauer von Papier!  
Doch endlich bist du dann bei mir.  
Drückst dein Papier an mein Papier.  
So ruhen Herz an Herzen wir!  
Denn auch die Liebe ist Papier.  
Und zweimal zwei ist nicht mehr vier:  
Ich schwöre dir, es ist Papier.

Gebrüder Hauptmann

(Im Theaterjahrbuch des Verbandes Deutscher Bühnenschiffahrter.)



### Fusion in der Kallindustrie.

Eine Fusion größeren Stils erfolgte am Schluß des vergangenen Jahres in der Kallindustrie. Die Deutschen Kallwerke, deren Unternehmungen in Vernterode am Södharg liegen, fusionierten sich mit der Kallgewerkschaft A m e l i e in Wittelsheim im Elbth. Der Kaufpreis dieser Gewerkschaft nebst ihren Tochtergesellschaften betrug etwa 24 Millionen Mark, so daß die Deutschen Kallwerke zu einer Erhöhung ihres Aktienkapitals von 9 auf 24 Millionen Mark schreiten werden. Die Gewerkschaft Amelie liegt für die Ausfuhr von Kallprodukten nach Frankreich und der Schweiz sehr adäpt, so daß die Deutschen Kallwerke, ein adäpterer Vertriebskonzern, den Vorteil einer derartigen Fusion wohl einsehen, während die Direktion der Amelie nach einem Mittelbarungsrecht im Aufsichtsrat der Amelie ablehnte. Weider Wäntche sind erfüllt, und besonders die Aktionäre der fusionierten Gesellschaften werden des erlebten Vorteils in Form höherer Dividenden teilhaftig werden. Hinter der Fusion steht der Konzern der Deutschen Bank, dessen Teilgesellschaften, die Berglich-Mächtige Bank und die Effener Kreditanstalt, sich vornehmlich an Unternehmungen der Kallindustrie beteiligen. Dielem Deutschen-Bank-Konzern unterliegen 179,86 Lawendleil oder 20 Prozent des deutschen Kallabzuges. Bekanntlich sind durch das Kallverleg Abregelungen des Abzugesverhältnisses, der Arbeiterlöhne und der Verkaufspreise getroffen. Der Vertrieb der Kallwerke geht derartig vor sich, daß von der Verteilungshalle, die aus einem vom Reichsminister ernannten Vorsitzenden und 6 Beisitzern, von denen wiederum zwei vom Reichsminister ernannt werden, besteht, die Abzugsmenge alljährlich festgelegt wird. Das ermittelte Resultat wird durch laufend geteilt und den einzelnen Werken werden entsprechend ihrer Größe laubndel Tausendstel der Gesamtmenge zur Lieferung überwiehen. 69 überdernde Werke sind gesetzlich mit derartigen Anteilsquoten ausgestattet. Diese 69 Werke sind aber unter ihrer Leistungsfähigkeit beschäftigt, sie können ihre Gruben nur zur Hälfte der Lieferungsstärke verwerten, weil infolge der hohen Preise der Kallverbraucher in der Landwirtschaft keineswegs die nötige Veredelung erfahren hat. Neben den 69 nur zur Hälfte ausgefüllten Kallwerken sind weitere 79 im Bau begriffen, während noch 25 Unternehmungen laubndel sind. 24 Hochunternehmungen sind mit Ausschließungsarbeiten beschäftigt, so daß das Gesamtresultat 197 Unternehmungen ergibt. Damit ist keineswegs das Grundungsstadium beendet. Von laubndelheit Seite wird der Erstellungspreis eines Kallwertes auf 4 Millionen Mark veranschlagt. Welche ungeheure Summen gesellschaftlicher Werte werden hier größtenteils zwecks verschwendet; ein Beweis, daß die Selbsterhaltung der erforberlichen Grundungsapitalien aus dem vorenthaltenen Mehrwert der Arbeiterchaft herausgeholt konnten. Die febrhafte Grundungsstätigkeit wird jedenfalls eine Senkung der Verkaufspreise zur Folge haben, ja eventuell das Fortdauern des Spulstills in Frage stellen. Jedenfalls werden einige nicht leistungsfähige Werke zuerst unter die Räder kommen. Die Abzugsmenge an Kall wird durch die Verteilungshalle geregelt. Für die Zeit vom 31. Mai bis 31. Dezember 1910 hat jedoch der Bundesrat die entsprechende Menge festzusetzen, und die Freitragung der Abzugsmenge, die bereits im Juni vorigen Jahres erfolgte, ist um rund 1 Million Doppelzentner weniger Kallis laut Bekannmachung im Monat Dezember erhöht worden. Die Kallunternehmer haben an der Steigerung des Aufzuges angehängt der nicht voll ausgefüllten Leistungsfähigkeit ihrer Werke das größte Interesse. Sie lassen es deshalb an laubndel Propaganda neben den nötigen Schmeicheleien nicht fehlen, wollen aber dabei durch hohe Verkaufspreise und niedrige Arbeitslöhne mißliches Gewinn erzielen. So gab nach Professor Soghet das Kallkapital in zwanzig Jahren an Verkaufsprovisionen nicht weniger als 8 973 195 Mk. an die Deutsche Landwirtschaftsgesellschaft aus, wozu letztere an Kallverträgen den laufenden Landwirten 5 704 557 Mk. auszahlte und 3 812 464 Mk. für sich behielt. Diese Agrarvereinerung verpflichtete sich nach einem Vertrag vom Jahr 1902, die nötige Propaganda über den Nutzen der Kallabzugspreise zu betreiben. 1905 wurden diese Kallabzugspreise durch das Kallindulst auf das Zwei- bis Fünffache der früheren Beträge erhöht. Die Deutsche Landwirtschaftsgesellschaft verpflichtete sich, Rechnung ab über die Verwendung der Gelder zu legen und nur für Verwendung der Kallabzugs Propaganda zu machen, dagegen die Ausschüttungsarbeiten über die schädliche Wirkung des Kallis in manchen Fällen zu unterlassen. So konnte diese Agrarvereinerung ein Vereinsvermögen von 3,2 Millionen Mark aufspichern. Wir haben aber schon gesagt, daß die aus dem Arbeitern herausgehenden Dividenden zur Steigerung der Aktionäre dienen. Hier sehen wir nun, daß die Agrarier, die schlaumiten Feinde der modernen Arbeiterbewegung, ihren Republikanismus zur Verleumdung der febrühlichen Regierung des Volkes auf eine solche Art und Weise zusammengetragen haben. Sie sind einander wert, die Kraut- und Salsoljunker neben den Kallgrubenbaronen. Mit Hilfe billiger Kallabzugs dürfte die Ertragsfähigkeit des Bodens enorm gesteigert werden; aber eine kleine Sippe Kapitalisten vergrößert die volkswirtschaftlich so notwendige Aufgabe, indem sie sich die Fundstätten aneignet und solange wie möglich hohe Verkaufspreise fordert, welche der Anwendung der Kallabzugs allerorts im Wege stehen.

### \* Eine verfehlte Summspekulation.

Der frühere Inhaber der Sammsfabrik vorm. Peter in Frankfurt am Main, bekannt unter dem Namen Sammspeter, brach im Februar vorigen



## Chemische Industrie

### Vom Elend der Giftbatterienarbeiter in Schlesien.

In der Fabrik für künstliche Düngemittel von Schoeder u. Pegoib in Rosel bei Breslau herrschen für Arbeiter unangenehme Arbeitsverhältnisse. Es ist allgemein und zur Genüge bekannt, daß die Arbeiter in den chemischen Fabriken unter sehr mißlichen Verhältnissen zu leiden haben. Lange Arbeitszeit und niedriger Lohn für die Arbeiter, hohe Gewinne für die Unternehmer, das sind die Charakteristika der chemischen Industrie. Hierin macht auch obengenannter Betrieb keine Ausnahme. Vor allen Dingen kommt hier noch hinzu, daß die Arbeiter in Düngefabriken infolge der Einwirkung von Säure, Säuredämpfen und der großen Staubentwicklung allerlei Krankheitsgefahren ausgesetzt sind. Die Betriebsräume obiger Fabrik sind mitunter so sehr von Säuredämpfen erfüllt, daß sich die in den Räumen beschäftigten Arbeiter gegenseitig nicht zu erkennen vermögen. Die Kleider werden von der Säure gänzlich zerstört. Einen Ersatz dafür gibt es nicht. Aber nicht nur die Kleider, sondern der gesamte Organismus des Menschen leidet darunter. Lungenerkrankungen, Hals- und Hautentzündungen, Magen- und Darmleiden, Verengungen des Körpers durch Säure sind diejenigen Krankheiten, denen die Arbeiter des Betriebes ausgesetzt sind.

Eine ganz besonders gefährliche Beschäftigung ist das Herstellen der sogenannten „Zeufelsmischung“. Diese Arbeit kann nur während der Nacht gemacht werden, weil sonst alle im Betriebe Beschäftigten außerordentlich großen Gesundheitsgefahren ausgesetzt wären. Kein Arbeiter kann es in dieser Abteilung lange aushalten. Nur starke, gesunde, kräftige Arbeiter werden hier verwendet. Das ist erklärlich; denn hier kommen die meisten Erkrankungen vor. Man sollte nun meinen, daß die Bezahlung auch der gefährlichen Beschäftigung entspräche. Das ist aber durchaus nicht der Fall. Fast jede Arbeit in diesem Betriebe wird in Arbeit ausgeführt, und die Löhne sind so niedrig, daß bei äußerster Anspannung der Kräfte ein Durchschnittslohn von nur 18 bis 20 Mk. pro Woche erzielt wird. Während der Kampagne sind Arbeiter an der Tagesordnung, eine Mehrbezahlung dafür gibt es nicht. Das Bestreben der Arbeiter, ihre Lebensbedingungen etwas aufzubessern, wird von der Firma unterdrückt. Ganz besonders scheint es die Betriebsleitung auf das Koalitionsrecht der Arbeiter abgesehen zu haben. So sind erst am Sonnabend, dem 14. Januar, zwei Arbeiter gemahnt worden, weil sie das schmerz Verbrechen begangen hätten, ihre Mitarbeiter nach der Organisationszugehörigkeit zu fragen. Am darauffolgenden Donnerstag wurde ein dritter Arbeiter aus demselben Grunde entlassen. Hierbei möchten wir gleich bemerken, daß jeder neu eintretende Arbeiter durch die Betriebsleitung nach der Organisationszugehörigkeit gefragt wird, lediglich zu dem Zweck, um nur Unorganisierte im Betriebe zu haben. Diese Meinung wird freilich nicht stimmen, denn viele Arbeiter werden es der Betriebsleitung garnicht auf die Nase binden, ob sie organisiert sind oder nicht. Glaubt denn die Betriebsleitung, das Koalitionsrecht sei nur für die Unternehmer da? Die Betriebsleitung möchte gern zufriedene Arbeiter haben, möchte gern „Herr im Hause“ bleiben wollen. Ja, wenn den Arbeitern ein Lohn gezahlt wird, daß sie menschenwürdig leben können, und wenn die Verhältnisse im Betriebe bessert werden, so daß die Arbeiter ihre Gesundheit nicht mehr in so hohem Maße aufs Spiel setzen brauchen, dann werden sie auch zufrieden sein. Aber solange dies nicht geschieht, muß es sich schon die Firma gefallen lassen, daß auch die Arbeiter von dem ihnen zustehenden Koalitionsrechte Gebrauch machen, um sich bessere Lohn- und Arbeitsbedingungen zu verschaffen. Nebenbei möchten wir bemerken, daß wir dem Arbeiter Haus, der ja den Auftrag haben soll, der Firma 40 Mann „Unorganisierte“ zu besorgen, recht viel Glück wünschen. Vielleicht versucht es die Firma auch einmal mit „Singschiffen“; die würden sich zu der Arbeit in diesem Betrieb ganz besonders eignen.

Damit aber auch weite Kreise erfahren, unter wackeligen Verhältnissen die Arbeiter leben müssen, lassen wir die Aufrechnung eines Fabrikarbeiters aus diesem Betriebe folgen:

Einnahme:	
Der Jahresverdienst betrug im Jahre 1910 (4 Wochen arbeitslos)	977,—
Ausgabe:	
Wohnungsmiete, Heizung, Steuern	149,40
Zeitungs- und sonstige Literatur	15,20
Kranken- und Invalidenversicherungsbeiträge	33,80
Für Arzt und Arznei bei Krankheit eines Kindes	17,—
Vor- und Fürsorge, Verbands- und Parteibeiträge, private Versicherungen	53,80
Persönliche Bedürfnisse	14,—
	283,20

Es bleiben also 693,80 Mk. für Nahrung, Kleidung, Reinigung und so viele unvorhergesehene kleine Ausgaben. Die Familie besteht aus 7 Köpfen. Diese Summe auf 365 Tage verteilt, ergibt 1,90 Mk. pro Tag oder 38 Pf. täglich für jede Person. Die 5 Kinder sind dabei als 3 Erwachsene gerechnet.

Aus dieser Aufrechnung ist ersichtlich, daß die Arbeiter besonders in chemischen Fabriken von Schoeder & Pegoib wahrlich nicht auf Rosen getreten sind, und man kann es sehr wohl verstehen, wenn sie eine Verbesserung ihrer überaus traurigen Lage anstreben. Vom guten Willen der Unternehmer haben sie allerdings nicht viel zu erwarten. Deshalb geben wir den Arbeitern den wohlgeleiteten Rat: Sine in in der Verbänd der Fabrikarbeiter! Schließt euch zusammen genau so gut wie die Unternehmer! Agitiert unablässig für die gewerkschaftliche Organisation, damit die Reihen geschlossen werden! Nur dann wird es möglich sein, bessere, erträglichere Zustände herbeizuführen. —a.

### Unternehmer und Zelluloidarbeiterschutz.

Das Verlangen der Zelluloidarbeiter nach mehr Arbeiterschutz hat auch die Unternehmer dieser rentablen Industrie auf die Seite gebracht. In einer Eingabe an Reichstag, Bundesrat und das preussische Handels- und Gewerbe-Ministerium versuchen sie, die Eingaben der drei Arbeiterverbände als Uebertreibungen hinzustellen. Wir sind das von den Unternehmern gewohnt. Die in den Eingaben geschilderten, an Beispielen erwießen Lebensgefahren der Zelluloidarbeiter treffen nach Angabe der Unternehmer nur auf einen Teil der Branche zu, besonders für den Teil, der unvollkommene Einrichtungen aufweist. Der Hinweis, daß zahlreiche Fälle nicht zur öffentlichen Kenntnis kommen, sei eine nicht erweisbare Behauptung. Hierüber wollen wir mit den Unternehmern vorläufig nicht streiten. Wenns not tut, kann eine entsprechende Statistik geführt werden. Weiter wird angeführt, daß eine Anzahl Fälle von Bränden aufgeführt seien, die durch einen Eimer Wasser oder durch Herdrücken gelöscht werden konnten. Ausdrücklich sei hier darauf hingewiesen, daß in der Eingabe der Arbeiterschaft auf Seite 3 der Satz steht: „... und vielfach gefahrvolle Brände sind durch schnelles, geschicktes Eingreifen unterdrückt.“ Wäre es nun nicht gelungen, den Funken zu löschen, so hätte doch ein größerer Brand entstehen können. Aber die leichte Entzündlichkeit des Zelluloids ist allein maßgebend für die Feuergefährlichkeit desselben. Keineswegs läßt sich Zelluloid mit andern leicht entzündbaren Stoffen, wie Holzspane, Papier, Baumwolle usw. vergleichen, weil deren Entflammungspunkte höher liegen und diese Produkte nicht derartig sauer- und tohlenwasserstoffreiche Verbindungen haben. Zum Vergleich kann eher die Schießbaumwolle herangezogen werden. Für die

Feuergefährlichkeit spricht weiter das von den Unternehmern in ihrer Eingabe angeführte Argument, daß es ihnen immer noch nicht möglich gewesen ist, eine Feuerversicherung für diese Branche zu erhalten, ohne dabei einen erheblichen Teil der Selbstversicherung mit 25 bis 33 1/3 Proz. tragen zu müssen. Ein weiterer Beweis für die Feuergefährlichkeit ist der, daß der Vorsitzende der Zelluloidindustriellen, Herr Martin Lohse, sich in einer Berliner Holzarbeiter-Versammlung äußerte, daß für eine bessere Qualität des Rohmaterials gesorgt werden müsse, dadurch würde die Gefahrlichkeit der Betriebe erheblich eingeschränkt werden.

Daraus geht zur Genüge hervor, daß ein besonderer allgemeiner Schutz für die Zelluloidarbeiter erforderlich ist. Die Eingabe der Unternehmer hält den jetzigen Erlass des preussischen Ministers für ausreichend. Ganz anders urteilte aber Lohse, der Verbandsvorsitzende der Zelluloidindustriellen, in der erwähnten Holzarbeiter-Versammlung. Er sagte dort:

„Die Fabrikanten-Vereinigung bemüht sich seit Jahren, einen einheitlichen Schutz gegen die Feuergefahr zu bekommen. Die Fabrikanten-Vereinigung hat sich deswegen an die Ministerien gewandt; es ist ihr auch schon der Entwurf einer Verordnung zur Begutachtung zugegangen, sie hat manche Verbesserungen, aber auch manche Abschwächungen vorgeschlagen. Auch die Fabrikanten sind für reichsgesetzliche Regelung der Schutzvorschriften.“

Ein Urteil aus der Feder von A. Jädel, Charlottenburg, der sich in Nr. 7 der „Zelluloidindustrie“ über die Ausdehnung des gesetzlichen Schutzes äußert, lautet ähnlich. Er führt dort aus: „Die Fabrikanten haben ja z. B. an allen größeren Plätzen meist auch Lager, für die dann, je nachdem sie in diesem oder jenem Bundesstaat liegen, immer nur die Bestimmungen des betreffenden Bundesstaates in Betracht kämen. Die Fabrikanten resp. ihre Vertreter müßten also immer wieder alle die verschiedenen Bestimmungen und Abweichungen in den einzelnen Bundesstaaten genau studieren, um nicht etwa im guten Glauben dagegen zu verstoßen. Schon aus diesem Grunde wäre eine reichsgesetzliche Regelung entschieden vorzuziehen gewesen, wies es auch seitens der Interessenten bei Besprechung mit den preussischen Behörden angeregt wurde.“

Eine reichsgesetzliche Regelung ist schon deswegen notwendig, weil das Begleit Schreiben, das dem Erlass des preussischen Ministeriums für Handel und Gewerbe beigegeben ist, die Beamten anweist, daß sie bei Anwendung der Grundsätze nicht unbedingten Worten gebunden, sondern verpflichtet sind, unter Berücksichtigung der aufgestellten Grundsätze jeden einzelnen Betrieb, in dem Zelluloidwaren hergestellt werden und für jedes Zelluloidlager selbst zu prüfen, welchen Anforderungen darin mit Rücksicht auf die Sicherheit der Arbeiter und der Nachbarn genügt werden muß.“ Die Befolgung dieser Anweisung wird ein Tölpel von Anordnungen und Bestimmungen zeitigen, in dem sich kein Mensch zurecht finden kann.

Die Forderung der Arbeiter, daß in so feuergefährlichen Betrieben jugendliche Personen unter 18 Jahren nicht beschäftigt werden sollen, wird von den Unternehmern dahin beurteilt, daß die Verbände dieses Verbot nur unter dem Deckmantel einer größeren Gefahr verlangten, tatsächlich handle es sich dabei aber nur „um eine Lohnfrage, welche den Arbeitern mehr Macht geben soll.“ Gegen den Vorwurf, der den Gewerkschaften in diesem stillschweigenden Krautsalat gemacht wird, wehren wir uns nicht. Wir versichern es, daß den Unternehmern der Gedanke, einen andern Menschen, ohne Rücksicht auf den eigenen Vorteil, gegen Gefahren zu schützen, fremd ist. Wenn sich die Eingabe der Unternehmer dann aber auch sachlich gegen den geforderten Ausschluß der Jugendlichen erklärt, so bringt es uns in die angenehme Lage, die Fernen mit ihrer eigenen Laterne heimleuchten zu können. Als im Jahre 1906 das furchtbare Unglück in der Weispolsheimer Zelluloidfabrik fast 30 junge, blühende Menschenleben vernichtet hatte, da schrieb das Unternehmen:

„So tief dieses schwere Unglück gewiß zu bedauern ist, so sinnwidrig wäre es, für dasselbe etwa das Zelluloid verantwortlich zu machen, wie es leider so oft bei derartigen Bränden geschieht, so daß die „Zelluloidbrände“ nachgerade schon zu einer besonderen Kategorie der Brände geworden sind. Man mache sich nur alle im obigen Falle in Betracht kommenden Umstände klar! Erstens ist es schon sehr gewagt, so unerfahrene junge Leute, die zum Teil kaum der Schule entwachsen sind, mit einer Arbeit zu beschäftigen, die nun einmal ein gewisses Maß von Vorsicht und Erfahrung erfordert, wie sie von so jugendlichen Personen schwerlich zu verlangen sind.“

Also damals, im ersten Schreck, forderten die Unternehmer das, was sie uns heute zum Vorwurf machen: Ausschluß der Jugendlichen von gefährlichen Arbeiten. Da wir aber einmal beim Zitieren sind, sei auch gleich noch angeführt, wie das Unternehmerblatt damals über die heute so gerühmte Fürsorge der Unternehmer urteilen mußte. Es heißt nämlich weiter in dem angezogenen Artikel:

„Zweites aber ist es doch eine grenzenlose Unvorsichtigkeit, in Räumen, in denen mit Zelluloid hantiert wird, gewöhnliche Öfen mit offener Feuerung zuzulassen. Wenn die Öfen wenigstens noch von außen zu heizen und mit keinerlei in Blut kommenden Eisenteilen verbunden gewesen wären! Nein, die Feuerung ist im Arbeitsraum selbst gewesen. Wie leicht kann da beim Feueranmachen ein glühendes Streichholz weggerissen werden oder beim Nachlegen ein glühendes Kohlenteilchen aus der Feuerung fallen! Es brauchten dann nur ein paar perlene Abfallteilchen von Zelluloid herumzuliegen und die Möglichkeit ihrer Entzündung und damit eines großen Unglücks war gegeben. Würde es wohl jemals gestattet werden, daß jemand auf einem Herdchen ein Schmelzgefäß unterhält? Und doch wäre diese Unvorsichtigkeit keinen Grad größer, als wenn in einem mit Zelluloid erfüllten Raume eine offene Feuerstelle unterhalten wird. Genau so, wie das Feuer von einem einzigen Funken in Brand gesetzt würde, genau so geschieht es auch mit dem Zelluloid.“

Nun aber die dritte Unvorsichtigkeit: in dem schon durch den Ofen allein gefährdeten Raume wird auch noch ein Korb mit Zelluloidabfällen in unmittelbarer Nähe des Ofens aufbewahrt. Man denke: Zelluloidabfälle in nächster Nähe einer offenen Feuerung! Kann es etwas Gefährlicheres geben? Wird man wohl eine Tafel Warte oder ein Gefäß beim Herdfeuer aufhängen? Mit Zelluloid aber wird das Anstößige gemacht, obgleich man weiß, daß Zelluloid sich nicht nur ebenso wie Warte oder Gaze entzündet, sondern auch beim Verbrennen intensive Dämpfe, außerordentlich Qualm und schädliche Gase entwickelt.

Aber damit noch nicht genug, begehrt man noch eine vierte Unvorsichtigkeit und plaziert den Korb mit Zelluloidabfällen so, daß er zwischen dem Ofen und der Tür zu stehen kommt, so daß natürlich die aus dem Korbe

schlagende Flamme die Tür verstopfen muß. Und dazu noch eine fünfte Unvorsichtigkeit: Ein Arbeitsraum für Zelluloidwaren enthält nur einen einzigen Ausgang! Wird dieser zufällig einmal verstopft, was so auch auf andre Weise, als durch eine Flamme, geschehen kann, so sind bei einem in dem Raume ausbrechenden Brande die darin befindlichen einfach gefangen, lebendig begraben. Und um das Maß voll zu machen, verzieht man als sechste Unvorsichtigkeit den Zelluloid-Arbeitsraum auch noch mit Fenstern, durch die ein Entweichen unmöglich ist, weil sie vergittert sind. Nicht weniger als sechs grobe Unvorsichtigkeiten! Darf man sich dann wundern, wenn beim Zusammenwirken so vieler Unvorsichtigkeiten ein Unglück von so entsetzlicher Größe geschieht?“

Will die Unternehmerliche angeht die eigenen Kritik auf neue eine Reichsinnigkeit auf die andre häufen? Will der Regierungsbekämpfer Beymann angeht die dieser Tatsachen die preussischen ministeriellen Grundsätze immer noch als ausreichend betrachten, die Verantwortung für zukünftige Unglücksfälle auf sich laden? Will er sich später dem Vorwurf aussetzen, mehr dem Unternehmerprofit als dem Arbeiterschutz gebient zu haben? Nur zu! Wir werden dann zur Stelle sein und ihm aufspielen. Selbst Jädel wagt nicht, in seinem Artikel für Zulassung Jugendlicher ohne irgendwelche Beschränkung einzutreten, sondern läßt solche nur als vereinzelt unter Aufsicht erwachsener Arbeiter zu.

Zu einem Verbot der Heimarbeit in der Zelluloidindustrie drückt sich Jädel klar aus. Er verlangt gänzlich ein Verbot, und mit Recht. Die Eingabe der Unternehmer flüchtet sich hinter den hochwohlweisen Entschluß der Regierung, deshalb kein Verbot zu erlassen, weil -- noch kein Fall bekannt ist, in welchem ein Zelluloidbrand bei Heimarbeit vorgekommen sei. Also auch die Heimarbeit soll nach Ansicht der Unternehmer bestehen bleiben. Werden denn mit Nebenarten und seichten Argumenten der Regierung Zelluloidbrände bei der Heimarbeit verhindert? Wenn es so liegen würde, dann könnte die Regelung dieses Punktes der Geistlichkeit übertragen werden, vielleicht würde durch Beten dasselbe erzielt.

Weiter verkündet die Unternehmerringabe, daß in der kurzen Zeit, welche seit Erlass der neuen Grundsätze verstrichen ist, noch zu wenig Erfahrungen vorliegen, die zu Änderungen veranlassen. Wie eine grausig-entsetzliche Antwort auf diese Einrede kam da, unmittelbar nach der Beratung in der Petitionskommission, das von uns schon geschilderte Unglück in der Kammfabrik Brunhuber in Raumburg, bei dem 20 Arbeiter, davon 7 schwer, verletzt wurden. Ueber dieses Unglück wird noch berichtet: Einem Arbeiter, der vor einigen Jahren bei einem ähnlichen Brandunglück schon einen Arm verlor, wird auch der zweite abgenommen werden müssen. Außerdem wurde ihm das rechte Auge herausgerissen. Das Unglück wurde heraufbeschworen durch das Einlöten der Versandstiften. Die Arbeiter behaupten, daß das hierzu verwendete Metall zu schwach gewesen sei, so daß der Vöthammer dasselbe durchdrante. Das Unglück wurde dadurch besonders groß, daß die Stiften in einem Raume verlodert wurden, über dem sich Familienwohnungen befanden. Durch die Explosion des Zelluloids, die in einem Partierzimmer erfolgte, flog die Decke sowie auch das Dach des zweistöckigen Hauses in die Luft und die verletzten Personen wurden teilweise durch die Fenster und Türen ins Freie geschleudert. Durch das direkt angrenzende Zelluloidlager erhielt das Feuer reiche Nahrung, so daß eine Reihe weiterer Personen in Gefahr geriet.

Dieses schreckliche Unglück beweist deutlich, daß die bis jetzt erlassenen „preussischen Grundsätze“ entweder nicht befolgt werden oder nichts taugen. Sie sind eine berbe Lektion für den siebenmal schlaun Regierungsbekämpfer. Eine gesetzlich einheitliche Regelung, eine Erweiterung der Grundsätze, hat sich damit als dringend notwendig erwiesen. So fehlt in den ministeriellen Grundsätzen das Verbot vergitterter Fenster, wie Jädel in seiner Abhandlung feststellt. Auch seine weitere Anregung, Lötlöhner mit Sand neben solchen mit Wasser aufzustellen, ist ein neuer Beitrag zur Erhöhung der Sicherheit. Und wie steht es mit dem Verbot der Gefährnissearbeit für Zelluloidwaren? Sollen erst noch mehr Menschen hingepöfert werden?

### Entbehrungslöhne in der chemischen Industrie.

Die Aktionäre folgender Aktiengesellschaften brauchen auch im Jahre 1911 nicht betteln zu gehen, denn sie erhalten reichliche Dividenden.

	Prozent	Prozent
Chem. Werke, vorm. Albert	32	32
Bad. Anilin- und Sodafabrik	27	24
Höchster Farbwerke	27	27
Mitteldeutsche Gummiwarenfabrik Frankfurt	25	25
Deutsche Zelluloidfabrik, Leipzig	18	12
Schrammsche Lackfabrik, Offenbach a. M.	18	15
Chem. Fabr. Cletron, Griesheim	14	14
Chem. Fabrik Moritz Wila & Co., Posen	12	12
Chem. Fabrik Budau (nach Schätzung)	12	12
Mützerwerke, Berlin (nach Schätzung)	11	11
Münzberger Sodafabrik	6	6

Die Aktionäre dieser 11 Gesellschaften, in denen ein Kapital von rund 140 Millionen Mark fundiert ist, erhalten rund 35 1/2 Millionen Mark Dividende. Die Summe kommt einer Durchschnittsdividende von 25 Prozent gleich. Die zum Teil gleichgebliebenen, zum Teil gestiegenen Dividenden lassen deutlich die günstige Konjunktur der chemischen Industrie erkennen. Eine Mahnung für die Arbeiter!

### Höchster Wohlfahrt.

In zwei gubelichen Versammlungen besaßen sich kürzlich die Höchster Farbwerke mit verschiedenen Mißständen der Fabrik. Auf mehrere Eingaben in dieser Angelegenheit hat die Direktion keine Antwort gegeben. Die in der letzten Eingabe enthaltene Beschwerde verlangte, daß die Arbeiterräume des Montags etwas angewärmt werden, damit nicht der vielleicht schon durch Vergiftung widerstandslos Körper noch neue Krankheiten erwerbe. In seinem Referat ließ Kollege Lamprecht die Wohlfahrts-einrichtungen Revue passieren, wobei er erwähnte, daß in der unteren Kantine der Jucker das Pfund zu einem Preise von 60 bis 65 Pf. (?) verkauft werde, während man ihn im Privathandel schon für 26 Pf. bekommen könne. Ob hier der Wirt die Schuld trägt, vielleicht sehr schnell reich werden will, das wisse er nicht, aber das weiß man, daß die Arbeiter hier alljährlich eine Summe an Pacht einnehmen, die das System der nach außen prägenden Wohlfahrtsfirma kennzeichnet. Notwendig sei es, die Kantine unter Kontrolle der Arbeiter zu stellen und sie durch einen Ausschuß derselben leiten zu lassen und nicht, wie es jetzt der Fall ist, einem Höchster derartige Dinge zur Ausbeutung zu überlassen. Der Ausschuß könnte dann für krank und bedürftige Arbeiter verwendet werden. Weiter sei notwendig, den Arbeitern Aufklärung über ihr Verhalten zu geben, wie sie sich vor gesundheitsgefährlichen Gasen Dämpfen und Staub schützen

Wann und wie sie sich den ihnen drohenden Gefahren gegenüber zu benehmen haben. Vielleicht lasse sich Dr. Schwerin einmal herbei, vor den Arbeitern in einer öffentlichen Versammlung einen solchen aufklärenden Vortrag zu halten, da er wohl am besten dazu in der Lage sei.

Der Geschäftsführer wurde beauftragt, folgende einstimmig angenommene Resolution der Direktion zu unterbreiten: „Die heute im „Galben Mont“ tagende Versammlung der Arbeiter von den Fortwärtlern ersucht die Direktion, daß sie mehr als bisher darauf dringt, daß jedem Arbeiter Klarheit darüber gegeben wird, mit welchen Substanzen er hantiert, wie diese auf seine Gesundheit einwirken und welche eventuellen Gegenmaßnahmen bei Vergiftungen getroffen werden müssen. Weiter ermahnen die Arbeiter von der Direktion, daß sie mehr denn je ihr Augenmerk darauf richtet, daß Montags früh sämtliche Umkleieräume durchwärtet sind.“

× Einschränkung der Sonntagsruhe in der chemischen Industrie Oesterreichs.

Das österreichische Handelsministerium hat den Entwurf eines Verzeichnisses von jenen Betrieben an die Handels- und Gewerbestellen zur Begutachtung geschickt, in denen künftig die Sonntagsarbeit ganz oder teilweise gestattet sein soll. Vor allem ist die chemische Industrie reichlich bedacht worden. In einer längeren Eingabe an das Handelsministerium wendet sich unser österreichischer Arbeiterverband gegen die zu weitgehende Sonntagsarbeit in den für sein Zuständigkeitsgebiet in Betracht kommenden Betrieben. Er weist darauf hin, daß bei Schichtwechsel noch die 18- und 24stündige Arbeitszeit besteht, obwohl die chemische Industrie die Gesundheit der Arbeiterschaft schwer schädigt. Zeils ist es der Wechsel von Hitze und Kälte, teils Staubnebel und zum größten Teil sind es ätzende Stoffe, Dämpfe und giftige Gase, die auf den menschlichen Körper einwirken, ihn krank machen. Der Verband fordert vom Handelsministerium, daß es nicht den Profit der Unternehmer, sondern die Gesundheit der Arbeiter schätze.

× Vergiftung durch Dinitrobenzol in einer Seimfabrik.

Die Direktoren der chemischen Produktionsfabrik in Neu-Gräa in Oesterreich, Dr. Oskar Loew-Beer und Ignaz Gleichentheil, waren vor einem Erkenntnisgerichte wegen Vergiftens gegen die Sicherheit des Lebens angeklagt. In der Fabrik wurde in großen Mengen Leim erzeugt, und diesem als Desinfektionsmittel Dinitrobenzol beigegeben. Am 8. März 1910 wurden 120 Kilogramm dieses Präparates zerleinert und in einer Mühle gemahlen. Am nächsten Tage erkrankten ein Arbeiter und eine Arbeiterin, die das Mahlen vorgenommen hatten, unter Vergiftungsercheinungen. Der Arbeiter starb einen Tag später, die Arbeiterin konnte gerettet werden. Dr. Loew-Beer verantwortete sich dahin, daß er nur den Auftrag gegeben habe, das Dinitrobenzol zu zerleinern, aber ausdrücklich gesagt habe, gemahlen dürfe es nicht werden; ferner, daß ihm die Giftigkeit des Präparates nicht bekannt war, da es ohne Giftigkeit in jeder Drogerie zu kaufen sei. Direktor Gleichentheil erklärte, er habe mit dem chemischen Betriebe nichts zu tun. Nach Verhör der Zeugen und Sachverständigen sprach der Gerichtshof nach der Oester. Chem.-Gz. beide Angeklagte frei. In der Begründung hob der Präsident hervor, daß das Beweisverfahren ergeben habe, daß Dr. Loew-Beer ausdrücklich verboten habe, das Präparat zu mahlen, und daß dies ohne seine Einwilligung geschehen sei. Hierzu sei noch zu erwägen, daß bis in die letzte Zeit vom Standpunkt der Wissenschaft aus Dinitrobenzol nicht als Gift bezeichnet wurde; es wurde ohne Giftigkeit verkauft und in den letzten 50 Jahren in ganzen Wagenladungen verschickt. Man könne von Dr. Loew-Beer nicht mehr verlangen, als das, was in den Bereich seiner Pflicht als Chemiker gehöre. Direktor Gleichentheil könne überhaupt kein Vergehen begangen werden, da er nicht als Chemiker, sondern nur für die Verwaltungsgeschäfte des Betriebes bestellt war. Die recht mit seiner Förderung, Aufklärung der Arbeiterschaft über die gewerlichen Gifte, haben, zeigt großes Vorwärtensgefühl.

× Betriebsstätten und alte Arbeiter.

Die Eisenbahner Dehler-Werke können nur treue Arbeiter brauchen, die durch langjähriges Aussehen in früherer Arbeitsstätten für sie den Beweis erbringen, daß sie geistig die Aufgabe der kapitalistischen Ausbeutung sind. Ein solcher Mann sahien der Firma ein arbeitsloser Buchhändler zu sein, der mit Jungfrauen über eine höhere Lohn- und eine zehnjährige ununterbrochene Arbeitsdauer um Arbeit anfragt. „Erlaube Leute können wir gebrauchen“, meinte der einstellende Beamte. Als er dann aber erfuhr, daß der Mann Arbeit nachgehende bereits 42 Jahre alt sei, sagte er achselzuckend: „Das tut uns leid; aber wir stellen nur Leute bis zu 40 Jahren ein.“ Wer das Unaltd hat, daß sein Leben länger wie 40 Jahre währt, der mag betteln oder hungern oder sonst jeßen, was er liebt. Und das heißt dann die „bis ans Lebensende gesicherte Erlaubnis der deutschen Arbeiter“, von der der deutsche Kaiser einmal mit heißen Worten gesprochen hat. Allerdings ist dieser Vorgang auch wieder eine Illustration für die „Möglichkeit“, die in den Betriebsstätten für die Arbeiter vorhanden sein soll. Denn die Besorgnis, daß die Kronenlaste durch ältere Arbeiter belastet werden könnte, ist einer der Hauptgründe für jene arbeiterfeindliche Maxime.

So erhielten die Arbeiter bei 13stündiger Arbeitszeit einen Wochenlohn von durchschnittlich 26,28 Mk., in den Ziegeleien mit kürzerer Arbeitszeit dagegen durchschnittlich 26,53 Mk. Hier ist also der Durchschnittslohn bei kürzerer Arbeitszeit noch um ein geringes höher, als bei der langen Arbeitszeit. Im übrigen betrug der Durchschnittslohn für:

Table with 11 columns: Wochenlohn, 1. Klasse, 2. Klasse, 3. Klasse, 4. Klasse, 5. Klasse, 6. Klasse, 7. Klasse, 8. Klasse, 9. Klasse, 10. Klasse. Rows: pro 1000, pro 1000.

Die Differenz zwischen Höchst- und Mindestlohn ist bei einzelnen Gruppen auffallend stark. So beträgt der Wochenlohn der Prefekturschreiber 18-30 Mk., der Feizer 27-33 Mk., der Sezer 27,50-34 Mk., der Einfahrer 24-30 Mk. und der jugendlichen Arbeiter 14-25 Mk. Die Arbeiterinnen, die hauptsächlich beim Abschneiden und Abnehmen beschäftigt werden, erhalten einen Stundenlohn von 27-33 Pfennigen. Die Lohnzahlung findet in einem Betriebe freitags, in 3 Betrieben sonntags und in den übrigen Betrieben sonnabends statt.

Kantinen, in denen Genuss- und Lebensmittel abgegeben wurden, waren in sämtlichen Betrieben vorhanden. Die verabreichten Waren sind, mit Ausnahme von Bier, im Preise sehr vertrieben. So betrug der Preis für einen Liter Brantwein 80 Pf. bis 1 Mk., für 6 Pfund Brot 67-85 Pf., für 1 Pfund Butter 70 Pf. bis 1 Mk. und für ein Pfund Speck 85 Pf. bis 1,20 Mk. Die Flasche Bier wurde mit geringen Ausnahmen zu 14 Pf. abgegeben. In 6 Betrieben wurde den Arbeitern Kaffee geliefert, pro Liter zu 10 Pf. Die Preisdifferenz bei Brantwein und Speck ist ohne Zweifel in den verschiedenen gearteten Profitgelüsten der Ziegeleimeister begründet; bei Brot und Butter kann sie dagegen zum Teil in der Qualität der Ware liegen.

Die Schlafstätten bestanden allgemein aus Strohsack und Wolldecken. Nur in 11 Betrieben gestellte sich dazu ein Bettlaken und in einem Betriebe ein Koppflissen. Die Erneuerung des Strohes in den Strohsäcken und die Reinigung der Wolldecken geschieht, soweit die Fragen beantwortet sind, nur einmal im Jahre, so daß es mit der Keintlichkeit nicht zum besten bestellt ist. Die Reinigung der Decken scheint in einzelnen Betrieben recht primitiv zu geschehen, denn in einem Falle wird mitgeteilt, daß die Decken, als sie im Frühjahr empfangen wurden, noch voller Ungeziefer waren. In einer Ziegelei waren die Decken überhaupt nicht gereinigt worden, so wie sie im Herbst abgeliefert wurden, mußten sie die Arbeiter im Frühjahr wieder annehmen. Ebenso mangelhaft ist auch die Reinigung der Schlaf- und Wohnräume. Nur in 12 Ziegeleien wurden diese täglich ausgefegt, während dies in den übrigen Betrieben in der Regel nur einmal wöchentlich zu geschehen pflegt. In einigen Betrieben muß das Reinigen von den Arbeitern selbst beorgt werden, wenn sie nicht im Schmutz und Ungeziefer verkommen wollen.

Der Sinn für Keintlichkeit scheint in den Chemnitzer Ziegeleien überhaupt auf einer sehr niederen Stufe zu stehen. Denn in einer Anzahl Betriebe ist den Arbeitern noch nicht einmal die Möglichkeit zum Waschen gegeben. Obwohl die Frage nach Waschmöglichkeiten gar nicht gestellt ist, wird doch mitgeteilt, daß in zwei Ziegeleien Waschgelegenheit überhaupt nicht vorhanden ist. Hier müssen sich die Arbeiter, wenn sie sich nach des Tages Strapazen von Schmutz, Staub und Schweiß reinigen wollen, in Finern und sonstigen schmutzigen Behältern, oder am Brunnen waschen. Nicht viel besser ist es in drei weiteren Ziegeleien, wo für 13-22 Arbeiter 2-3 Waschbeden vorhanden sind. An Wascheinrichtungen ist natürlich gar nicht zu denken; diese gelten im Chemnitzer Ziegeleigebiet noch mehr als anberwünscht als Luxusartikel.

Die Frage nach der Kündigungsfrist ist von 25 Betrieben beantwortet. Danach ist in 13 Ziegeleien eine Kündigungsfrist nicht vorhanden, in 10 Ziegeleien besteht eine solche von 14 Tagen und in 2 Ziegeleien eine achtstägige. Für die übrigen Ziegelei gilt die Kündigungsfrist meistens nicht, da diese in der Regel für die ganze Kampagne verpflichtet werden. In einer Ziegelei wird über das schlechte Essen geklagt, daß die Arbeiter oftmals, weil ungenießbar, stehen lassen. Der Meister wachte dann mit dem Futter, das die Arbeiter mit 2,50 Mk. wöchentlich bezahnten müssen, seine Schweine fett. In diesem Betriebe soll auch die Antreiberi stark ausgeprägt sein. Die beiden Brüder des Meisters, die als Mitalkorbanten an der Ausnutzung der Arbeiter interessiert sind, peitschen die Arbeiter bis zur Ermattung an, während sie sich selbst die leichteste Arbeit aussuchen. Damit die Herren bei der 13stündigen Arbeitszeit auf ihre Rechnung kommen, sollen sie sich eine eigentümliche Betriebsuhr angeschafft haben. Dieselbe gehe bei Beginn der Essenspausen und am Ende der Arbeitszeit stets fünf Minuten nach, und zu Ende der Pausen und Beginn der Arbeit fünf Minuten vor, so daß den Arbeitern die Pausenzeit bedauernd gekürzt und die Arbeitszeit verlängert würde. Diese Uhren, die in zahlreichen Betrieben benutzt werden, hauptsächlich aber dort, wo die Arbeiter die Zeiger der Zeit noch nicht verstehen.

Die Statistik zeigt im allgemeinen, wo die Organisation den Hebel ansetzen muß, um die notwendige Besserung herbeizuführen. Wenn bei den Arbeitelöhnen die 12-13stündige Arbeitszeit in Betracht gezogen wird, so sind selbst die als hoch erscheinenden Löhne aufbesserungsbedürftig. Um so mehr ist aber eine Erhöhung der Mindestlöhne geboten. Vor allem aber ist eine Verkürzung der Arbeitszeit auf vorläufig 11 Stunden täglich anzustreben. Was in Mecklenburg und Pommern möglich ist, muß auch im „heßen“ Sachsen durchführbar sein. Ebenso ist eine durchgreifende Reform der Wohn- und Schlafräume, der Schlafstätten und der sonstigen Einrichtungen dringend notwendig. Wenn die Arbeiter gesungenen sind, im Interesse der Ziegeleiunternehmer fast zwei Drittel ihres Lebens fern von der Familie zu verbringen und allen Bedürfnissen der Unternehmung nicht mehr als ein selbstverständliche Pflicht, den Arbeitern das zu geben, was jedem Stück Vieh genährt wird, nämlich Einrichtungen, die zur Erhaltung der Gesundheit unerlässlich sind. Schreier die Organisation der Chemnitzer Ziegeleiarbeiter im vorjährigen Tempo weiter, so werden sie dieses Ziel in nicht allzu langer Zeit sicher erreichen.

— Unternehmer-Rache.

Streikende Arbeiter dürfen nicht eingestuft werden! Diese Erfahrung mußten zwei Ziegeleiarbeiter machen, welche Kündigungen am Haidauer Gefährtenhof erhalten waren. Dieser Streik, an welchem unser Verband mit 17 Kollegen beteiligt war, wurde am 7. Januar erfolgreich abgeschlossen, da es der Meinung des Gesamtwertes gelang war, genaugo arbeiterwürdige Elemente auszuwählen, um den Betrieb aufrecht zu erhalten. Dieselbe hatte sich aber auch etwas kosten lassen. Nicht nur, daß der Lohn der Arbeitelöhnen die Forderungen der Streikenden übertraf, erhielten dieselben auch noch Essen und Nachtquartier unentgeltlich. An Statistiken und Verrechnungen hat es ebenfalls nicht gefehlt. Nach Abbruch des Streiks wurde unter den sich wieder zur Annahme der Arbeit Meldenden große Auslese gehalten. Einige wenige, welchen die Ehre zuzuschreiben war, mit zu den Auswärtigen zu gehören, sollten aber das Versprechen abgeben, aus dem Verbände auszutreten und jedwede Aktion zu unterlassen. Da dieses Verlangen abgelehnt wurde, wurde auch die Kündigungsfrist abgelehnt. Die Arbeiter befinden sich nun auf der Suche nach Arbeit, müssen dabei aber die Maßnahme machen, daß bestimmte Nachrichten herausgegeben worden sind, die streikenden Gesamtwerte nicht einzufließen. Es dieselben nun von der Verwaltung des Gesamtwerts ausgehen oder ob die Stadtverwaltung sich daran beteiligt ist, konnte noch nicht ermittelt werden. Die Bemerkung liegt nun nahe, weil ein Arbeiterkader auf dem haidauer Hofwert mit seinem am Streik beteiligten gewesenen Bruder verwechselt wurde und deshalb nicht eingestuft werden sollte. Demüßiger Umstände hat der Ziegeleimeister Richter aus. Da dieser einmündig erwachsenen Ziegeleiarbeiter wurde am Montag, dem 16. Januar, bei Richter durch den Ziegeleimeister eingestuft, erhielten aber am 17. Januar schon wieder ihre Entlassung. Gewundert über die plötzliche Entlassung verlangten die Arbeiter Aufklärung und erhielten von Richter die Antwort, daß es Beschluß sei, streikende Arbeiter nicht einzustufen. Auf den Hinweis, daß der Streik bei

gelegt sei und sie deshalb nicht mehr streikende Arbeiter wären, wurde Herr Richter deutlicher. Er gestand, daß ihm gesagt worden sei, der Streik wäre von Ziegeleiarbeitern inszeniert worden; er dürfe keinen Arbeiter, der mit gestreikt habe, einstellen. Selbst auf die Frage: „Ist es denn ein gar so großes Verbrechen, streikende Arbeiter einzustellen?“ gab er nur die ausweichende Antwort: „Das ist doch unser freier Wille!“ Vielleicht erinnert sich Herr Richter zu gegebener Zeit seiner jetzt gegebenen Antwort.

Wir sind der Überzeugung, daß es am allerwenigsten notwendig hat, seine Autorität geltend zu machen, zumal er während der Kampagne immer an Arbeitermangel zu leiden hatte; einmal sogar derart, daß der Betrieb eingestellt werden mußte. Die Ziegeleiarbeiter sind begierig, zu erfahren, ob Herr Richter in Zukunft immer in der Lage sein wird, streikende Arbeiter nicht einzustellen. Es dürfte sehr bald hierüber Klarheit geschaffen werden. Allerdings jest, wo draußen eine Schnee- und Eisdede liegt, wo die Arbeiter mit Witterungsverhältnissen aller Art zu kämpfen haben, ist's freilich leicht, einen Herrenstandpunkt einzunehmen und die Arbeiter zu schikanieren. In solcher Zeit fähst sich selbst der schwächste und ärmste Tropf hierzu immer noch stark genug. Wenn aber die Sonne wieder wärmer durchs Fenster scheint, die rührigen Arbeitelöhnen in rastloser Tätigkeit ihre Werte erzeugen, wovon der Unternehmer begierig den erzielten Gewinn einstreicht, und die Arbeitelöhne bestimt sich plötzlich auf ihre Stärke, dann trüben diese Herren zusammen wie ein Taschmesser. Bei Philipp! sehen wir uns wieder.

— Unternehmer-Terrorismus in der Zementindustrie.

Das Rheinisch-Westfälische Zement Syndikat in Bochum liegt mit der Fabrik „Meteor“ in Geseke im Streit. Zur Untersuchung von Differenzen hat der Aufsichtsrat des Syndikats den Professor Gary in Groß-Bichtersfeld und den Direktor Jannissen in Bochum beauftragt. Diese beiden Beauftragten hat die Fabrik „Meteor“ den Zutritt zu den Fabrikabteilungen und die Einsichtnahme in die Bücher verweigert, trotzdem jedes dem Syndikat angehörige Werk vertraglich hierzu verpflichtet ist. Infolge dieser Differenz hat der Aufsichtsrat des Syndikats folgenden Beschluß gefaßt: Die Fabrik „Meteor“ wird bestraft: 1. mit 20 000 Mk., weil „Meteor“ dem vom Aufsichtsrat mit einer Revision beauftragten Herrn Professor Gary den Zutritt zur Fabrik verweigert hat; 2. mit 20 000 Mk., weil das Werk „Meteor“ dem mit einer Revision beauftragten Direktor Jannissen die Akten und Bücher nicht zur Einsichtnahme vorgelegt hat; 3. mit 50 000 Mk. wegen seiner Versicherungen in „Meteor Extra“ an die königliche Eisenbahndirektion in Köln. Sägungsgemäß werden vorstehende Summen gegen die sich ergebenden Guthaben des Werks „Meteor“ so lange verrecknet, bis die 90 000 Mk. gedeckt sind.

Von der bürgerlichen Presse wird gegen diese Praktiken des Rheinisch-Westfälischen Zement Syndikats, die auch von den übrigen Kartellen geübt werden, kein Einwand erhoben, sie registriert die Affäre ohne ein Wort der Kritik. Man nehme nur den Fall, daß eine Arbeiterorganisation gegen wort- und vertragsträchtige geborene Mitglieder Maßnahmen anwenden würde, die denen des Rheinisch-Westfälischen Zement Syndikats nur leise ähnelten. Es ist gar nicht anzudeuten, welcher Sturm der Entrüstung sich in der kapitalistischen Presse erheben würde; Polizei und Justiz würden aufgerufen werden, der Reichstanzler Reichmann-Hollweg würde die nächste Gelegenheit wahrnehmen, um im Reichstage den Krait- und Schlotzjünlern die Verfertigung zu geben, daß die Regierung bemüht sei, auf verschiedenen Wegen eine Wiederholung solcher Vorwommisse zu verhindern. Wenn irgend ein Unternehmer die Verhandlung mit Vertretern der Arbeitelöhne ablehnt, dann verucht er, diese Nichtachtung und Provokation der Arbeitelöhne mit dem Spruch zu begründen, er wolle „Herr in seinem Hause“ sein. Vielleicht geben die sonst so betriebelamen Gelehrten des Schafma-Jertums der Öffentlichkeit auch einmal die Auskunft, wie sich Kartellbestimmungen der dargelegten Art mit diesem „Herr im Hause“ verträgt. Wenn ein Unternehmer einem ihn ins Haus geschickten Syndikatskontrolleur den Eintritt verweigert, hat er dem Syndikat die Strafe von 20 000 Mk. zu entrichten, die gleiche Summe hat er als Strafe zu zahlen, weil er seine Bücher und Akten dem Syndikatsdirektor nicht zur Einsicht vorlegen will.

Alles gut und schön! Wehe aber dem organisierten Arbeiter, der einen Streikbrecher nachdrücklich an die Schändlichkeit und Verwerflichkeit seines Handelns erinnert und ihn zur Solidarität zu überreden sucht. Dann ist die persönliche Freiheit der Arbeitelöhnen gefährdet, zum Schutze der Arbeit, wie der Ausdruck so schön lautet, werden Polizeimassen aufboten; reisenden Haren gleich sind die Arbeitelöhnen bei Tag und Nacht von Polizisten umgeben, die verhindern sollen, daß den Streikbrechern Aufklärung über ihr schändliches Tun gegeben wird.

— Arbeiter-Risiko.

Ein schrecklicher Unglücksfall, dem ein junges Menschenleben zum Opfer fiel, ereignete sich kürzlich in der Ziegelei Kafferröth bei Ludwigshafen. Der lebige 27 Jahre alte Ziegeleiarbeiter Pellegrino Bezgo aus Stalien sprang vom Tender eines Materialwagens, welchem er als Begleiter beigegeben war, ab. Hierbei kam er zu Fall und kam so unglücklich zu liegen, daß ihm die nachfolgenden Wagen über den Kopf gingen und denselben vollständig zermalmeten. Der Tod trat sofort ein. Die Leiche wurde später in die Leichenhalle nach Mundenheim gebracht.

— Chemnitz. Bei einzelnen Ziegeleimeistern in Chemnitz scheinen die Duck und Genossen Schule zu machen. Daß diesen Erneueren unter Verband schwer im Magen liegt, glauben wir ohne weiteres; denn mit der stets wachsenden Einsicht der Ziegler, mit Hilfe einer machtvollen Organisation ihre Lage zu verbessern, schwinden natürlich die heftigen Reiten der Ziegeleimeister. Die Organisation leuchtet in die „heßen“ Zustände der Wohn- und Schlafräume, rechnet den Preis für die Lebensmittel nach und bestimft eine nicht unbedeutende Einnahmequelle für den Meister — den Schnaps. Sie verlangt ferner kürzere Arbeitszeit und höheren Lohn, also lauter Dinge, die dem Herrn Ziegeleimeister unangenehm in die Ohren klingen, und darum soll der Verband vernichtet werden.

Zur Ehre der Chemnitzer Ziegeleimeister sei es gesagt, daß die Mehrzahl von ihnen lieber mit untern Kollegen annehmbarer Löhne für die Kampagne 1911 verhandelt hat, in der sicheren Voraussetzung, daß sie um höhere Akordpreise nicht herumkommen und die organisierten Ziegler auch die Intelligenz darstellen, die nicht nur in der Organisation, sondern auch in den Ziegeleien ihren Mann stellen. Zu letzterer Einsicht ist auch Ziegeleimeister Saad in Vorna bei Chemnitz gelangt, trotzdem er die Organisation vernichten will. Zu diesem Zweck wählt er ein sehr feines Mittel. Er schreibt an unsere Kollegen die reinsten Beleidigungen, doch von dem verhassten Verband zu lassen und bei ihm in Arbeit zu treten, da er mit den organisierten Arbeitern schlechte Erfahrungen gemacht habe. — Wie merkwürdig, die ganze Kampagne war er doch mit den Arbeitern zufrieden, sonst würde Herr Saad sich doch bessere Arbeiter verschafft haben. Erst nach Vorabschluss entdacht er, daß die Ziegler nicht leistungsabhängig genug waren, trotzdem Herr Saad immer prächtete, die höchsten Löhne zu zahlen und den Kollegen in der Agitation immer Entgegnungen kommen zeigte. Am Schluß sind seine Ziegler nicht brauchbar. Der Preis reimt sich schlecht, Herr Saad! Von einem Kollegen wurde ihm brüskellig entgegeng gehalten, daß doch auch er im Meisterrerein sei. Die Antwort lautet, daß dies kein Verein der Ziegeleimeister sei, sondern sie kämen nur so zusammen. Zu welchem Zweck, Herr Saad? Wenn Sie nur harmlose Vereinskonzerte betreiben wollen, warum haben unsere Vertrauensleute keinen Zutritt? Sie vertreten Ihre Interessen im Meisterrerein und wir Ziegler im Fabrikarbeiterverband, und ivoiel kann Ihnen heute schon erortert werden, daß wir Ziegler diese Kampagne geschlossen unsere Interessen wahr zu werden, und sollte manches Meisterlein noch so viel Briefe schreiben.

Eingegangene Schriften.

- Die soziale Revolution. Von Dieter Schrift des Genossen Karl Rautsky in toeben der erste Teil: Sozialreform und soziale Revolution, in dritter durchgesehener Auflage erschienen. Die Verreinsausgabe kostet 40 Pf.
Die Volksschule, wie sie setu soll. Von Otto Rähle. Zweite umgearbeitete Auflage. Verlag Buchhandlung Vorwärts, Berlin SW. 68. Preis 75 Pf., Verreinsausgabe 30 Pf.
Geschichte der Revolutionen. Von Dr. A. Conrady. Verlag Buchhandlung Vorwärts, Berlin SW. 68. Die Heite 8 und 9 sind erschienen. Preis pro Heft 20 Pf. Zu beziehen durch alle Buchhandlungen.

Zement- und Ziegel-Industrie
Lohn- und Arbeitsverhältnisse in der Chemnitzer Ziegelindustrie.

Zu Beginn der Kampagne 1910 wurde in den Ziegeleien von Chemnitz und Umgegend eine Statistik über die Löhne und Arbeitsverhältnisse aufgenommen, deren Ergebnis mancherlei Interessantes und Seltsames bietet. Die Statistik erstreckt sich auf 26 Ziegeleien, die insgesamt 650 Arbeiter beschäftigen. Davon waren 619 erwachsene männliche Personen, 21 jugendliche Arbeiter und 10 Arbeiterinnen. Das Lohnverhältnis war nicht allzu dürrig, denn nur 95 Arbeiter gehören einer Organisation an. Auf einer solchen Liste sind die Arbeiterverhältnisse nicht die günstigsten sind, ist es nicht. Dies kommt besonders bei der Arbeitszeit zum Ausdruck. Während in anderen Gegenden der Provinz, so in der Umgegend von Dresden, Leipzig, Zwickau usw. schon vor Jahren der achtstündige Tagelohn Eingang fand, ist in Chemnitz noch die 12- und 13stündige Arbeitszeit dominerend.

Die tägliche Arbeitszeit betrug in 14 Betrieben 12 Stunden, in 3 Betrieben 12 1/2 Stunden, in 7 Betrieben 13 Stunden und in 2 Betrieben 11 Stunden. Der Gehaltsbetrag, den sich selbst ein großer Teil der Ziegeleiarbeiter in Sommer und Winterzeit ansetzen hat, ist nicht in dem unheimlichen Chemnitz noch eine Fortsetzung der Statistik. In der Statistik ist besonders auf das in 5 Ziegeleien mit Lohnpausen und in 10 Ziegeleien mit dem Arbeiter der beiden Betriebe und 13stündigen Arbeitszeit hinsichtlich der Lohnverhältnisse eingegangen. Da in der Regel der üblichen Ziegeleiarbeiter am Vorabend einmündig, während die anderen Stunden über bestimmten Arbeiter das Übrige der Lohnverhältnisse werden, so ist mit gewisser Sicherheit darauf zu schließen, daß die Arbeiter der letzten Arbeitszeit weniger abbekommen, als die übrigen Ziegeleiarbeiter. Es ist dies wohl darauf zurückzuführen, daß den üblichen Ziegler jeden Winter von den Gewerbestellen aus gedrängt wird, die Ziegeleiarbeiter sollen zur Zurückkehr der Kampagne bis eine längere Arbeitszeit notwendig, als die Arbeiter anderer Betriebe. Die Arbeitszeit der Bremer beträgt meistens 12 Stunden, in einigen Ziegeleien aber auch 16 Stunden, ohne daß bei der Festlegung ein zureichender Grund angegeben ist.

Die Gehaltsverhältnisse der Arbeiter sind durch Wochen- oder Monatslöhne, nur in einigen Fällen durch Stundenlöhne. Die Bremer werden allgemein in Wochenlöhnen bezahlt, von der 1. Bremer 27-35 Mk. — im Durchschnitt 31,25 Mk. — und der 2. Bremer 22-33 Mk. — im Durchschnitt 27,50 Mk. — bezahlt. Die Sezer dagegen arbeiten durchschnittlich in Akord. Der Akordpreis betrug pro Tausend 1,20 Mk. bis 1,60 Mk. Hier zeigt sich wieder die ungenügende Tatsache, daß die Akordpreise nicht nach der Arbeit, sondern nach der Dauer der Arbeitszeit bemessen werden. Denn in den Ziegeleien mit 13stündiger Arbeitszeit wurde laut Akordpreis pro Tausend nur 1,20 Mk., in den Ziegeleien mit 12stündiger Arbeitszeit dagegen 1,70 Mk. bis 1,80 Mk. bezahlt. Die lange Arbeitszeit hat mithin kaumwahrnehmbar den Zweck, die geringen Akordpreise auszugleichen. Auch bei den anderen Betrieben ist dies wahrnehmbar.